

[Transcript] Echo der Zeit / Selenski enttäuscht über Nato-Ankündigung

Radio-SRF, Echer der Zeit mit Mathias Gündig.

Und das beschäftigt uns am Dienstag, dem 11. Juli.

Enttäuschung in der Ukraine.

Die NATO will das Land zwar aufnehmen, aber das Wann und das Wie bleibt weiterhin offen.

Dazu gleich mehr.

Dann Matscheibe in Hollywood.

Nach den Drehbuchautoren wollen nun auch die Schauspielerinnen streiken.

Wir müssen verhindern, dass wir Darstellerinnen von unseren Arbeitgebern weiter abgewertet werden,

sagt die Gewerkschaftschefin Fran Rescher.

Die CO2-Emissionen von Motorfahrzeugen in der Schweiz sinken weiter.

Wir erklären, weshalb das dennoch keine Erfolgsmeldung ist.

Und was Wilhelm Tell für die Deutsch-Schweiz ist Major Davell für den Kanton Watt.

Vor 300 Jahren wurde ihm der Kopf abgeschlagen von eigenen Landsleuten.

Die Image, die wir uns konservieren, ist die von einem Peu-Kurageus.

Ich glaube, wir sind alle ein wenig zufrieden.

Diese Geschichte zeigt, die Wattländer als wenigmutiges Volk,

sagt dieser Theatermacher, die Mecho der Zeit.

Der richtige Platz der Ukraine ist in der westlichen Militärallianz.

Darauf haben sich die 31 Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten auf ihrem Gipfel in Vilnius verständigt.

Eine Mitgliedschaft wird Kiev also in Aussicht gestellt.

Doch der ukrainische Präsident Volodimir Zelensky hatte sich mehr erhofft und mehr gefordert.

Nämlich ein klares Bekenntnis, wie und wann sein Land wird beitreten können.

Entsprechendem Peut hat er bereits reagiert.

Aus Vilnius Friedigsteiger.

Am Ende gaben all jene NATO-Länder, die der Ukraine sofort ein Bündnis beitrifft, anbieten wollten klein bei.

Allen vor andibaltischen Staaten, Polen oder Großbritannien.

Man verstehe, dass eine Vollmitgliedschaft unmöglich sei jetzt mit dem Krieg,

sagt Estlands Regierungschef in Kajakalas.

Polens Präsident Andrzej Duda spricht nun bloß noch von einem klaren Weg für die Ukraine in Richtung NATO.

Und für den lätischen Regierungschef Kriesianis Karins gehört die Ukraine zwar klar in die NATO, weil Russland nur die Sprache des Starken verstehe.

Doch sofort mochten viele NATO-Mitglieder keine Zusage abgeben und auch keinen festen Zeitplan festlegen.

Allen vor allem die NATO-Führungsmacht USA.

Nehmen wir die Ukraine jetzt auf so,

als Präsident Joe Biden im Sender CNN,

dann befänden wir uns im Krieg mit Russland.

Denn die NATO müsse jeden Quadratmeter ihres Terribles verteidigen.

Zu diesem Würden wäre die Ukraine-Mitglied auch deren russisch besetzten Gebiete gehören.

Eine Aufnahme Kievs ohne allseits akzeptierte Grenzen wäre wohl zu bewerkstelligen.
Das tat die NATO schon 1955 bei der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland,
ob schon diese den Anspruch auf eine Wiedervereinigung mit der DDR nie aufgegeben hatte.
Doch während eines laufenden Kriegs ein Neumitglied aufzunehmen,
scheint den meisten NATO-Ländern zu riskant.
Dabei geht es weniger um die russischen Drohungen.
Denn aggressiver als es das jetzt schon tut, könnte Moskau kaum auftreten.
Es geht hingegen darum,
dass die NATO direkt ins Kampf geschehen verwickelt würde,
falls die Ukraine Mitglied wäre.
Zunächst geht es deshalb um eine Botschaft der Unterstützung für die Ukraine,
betont der französische Präsident Emmanuel Macron.
Der Begriff Beitritt kommt also vorläufig nicht vor.
Umständlicher sagt es der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz.
Dass Beitritts versprechen,
dass die NATO der Ukraine 2008 den Bucharest gemacht habe,
werde nicht bloß wiederholt, sondern weiterentwickelt.
Es ist ganz wichtig, dass wir hier eine gemeinsame Entscheidung treffen,
als NATO zu der Frage, wie das, was wir in Bucharest entschieden haben,
eine gemeinsame Entscheidung zu treffen.
Konkret wird der Ukraine versprochen.
Ihr würden der mehrjährige Kandidatenstatus
und das Beitrittsprogramm erlassen,
sobald denn die Umstände eine Mitgliedschaft erlaubten.
Und für sie wird jetzt schon mit dem NATO-Ukraine-Rat
ein ständiges Forum geschaffen.
Es tat erstmals morgen
mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky.
Doch der ist mit dem Angeboten
nicht zufrieden,
sondern auch nicht zufrieden.
Wie er in einem scharfen Tweet verlauten ließ,
bevor er heute als Gast zum feierlichen NATO die Nägeladen ist.
Für Zelensky ist die Ukraine eigentlich schon NATO-Mitglied,
das hätte man jetzt auf dem Gipfel in Vinyos formalisieren sollen.
Es gilt in dies also ausgeschlossen,
dass er den NATO-Führer noch umstimmen kann.
Statt das Beitritts bekommt er bloß eine Beitrittsperspektive
und freundliche Worte.
Shovyal meint etwa der niederländische Regierungschef Marc Rütte.
Ukraine will viel, es ist ein Teil dieser Familie.
Die Ukraine werde sich auf dem Gipfel in Vinyos formalisieren sollen.
Es gilt in dies also ausgeschlossen,
dass er den NATO-Führer noch umstimmen kann.

Die Ukraine werde sich nun bereits
als Teil der NATO-Familie fühlen.
Eines Tages sei es dann tatsächlich Mitglied.
Ergänzt sein belgischer Amtskollege Alexander Dekro.
Joe Biden wiederum stellt Nüchten fest.
Er sehe keine Einigkeit unter den NATO-Staaten,
die Ukraine jetzt schon aufzunehmen.
Für Zelensky ist das bitter,
doch die Gründe für die Zurückhaltung in der Allianz sind nachvollziehbar.
Nun zur Nachrichten über sich des Tages mit Simon Riechle.
Er beginnt mit der momentanen Situation
bei Israels größten Flughafen Ben-Gurion,
östlich von Tel Aviv.
Dort haben sich tausende Menschen versammelt,
um gegen die Justizreform zu protestieren.
Die Regierung Haaretz schreibt von bis zu 15.000 Personen.
Die Opposition hatte heute zu einem Tag der Störung aufgerufen,
dies nachdem das israelische Parlament
in der Nacht einen Teil der Reform zugestimmt hatte.
Bereits am Morgen waren im ganzen Land
10.000 Menschen zusammengekommen,
teilweise blockierten sie Straßen.
Es kann zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten.
Dutzende Personen wurden festgenommen.
Neun Jahre lang hat Prajut Chanocha die geschicke Teilanz
als Premierminister in den Händen.
Nun hat Chanocha seinen Rückzug aus der Politik bekannt gegeben.
Ein Schritt, den Beobachterinnen und Beobachter
der Politik in Thailand erwartet hatten,
erlitt doch Chanochas Partei
bei den Parlamentswahlen im Mai eine Niederlage.
Am meisten sitze erhielt die fortschrittliche Move Forward Party.
Prajut Chanocha wird im Amt bleiben,
bis eine neue Regierung gebildet sein wird.
Eine erste Parlamentsabstimmung darüber,
wer neue Premier-Teilands werden wird,
findet an Donnerstag statt.
Die Berlinale ist eines der größten Filmfestivals der Welt
und die Berlinale muss sparen.
Im kommenden Jahr gibt es deshalb weniger Filme
und ganze Sektionen werden aufgelöst.
Das teilten die Festivalverantwortlichen mit.
Auch Kultur, Institutionen und Festivals
seien von den steigenden Kosten betroffen.

Zugleich blieben die Einnahmen jedoch oftmals gleich.
Im nächsten Jahr werden an der Berlinale
fast ein Drittel weniger Filme gezeigt.
Noch etwa 200.
In diesem Jahr waren es noch 287.
In die Schweiz.
Der Schweizerische Gewerbeverband ist auf der Suche
nach einem neuen Direktor oder einer neuen Direktorin.
Eigentlich hätte Orik Schneider dieses Amt übernehmen sollen.
Er ist aber über eine Plagiatsaffäre gestolpert.
Der Verbandsvorstand hat die Wahl Schneiders deshalb widerrufen.
Im Oktober soll nun ein neuer Direktor
oder eine neue Direktorin gewählt werden.
Bis dahin sollen die bisherigen Geschäftsleitungsmitglieder,
Kurzgefälle und Dieter Kley den Gewerbeverband
interimistisch führen, teilt der Verband mit.
Schneider bleibt wie bis anhin stellvertretender Direktor.
Die Flugzeuge der Patrouille Swiss steigen wieder in die Luft.
Die Kunstflugstaffel der Schweizer Armee nimmt den Normalbetrieb wieder auf.
Der nächste Auftritt findet laut einer Mitteilung der Armee
am Freitag am Basel Tattoo statt.
Zwei Trainingsflüge in der Nähe von Freiburg seien erfolgreich gewesen,
heißt es weiter.
Vor rund einem Monat hatten sich zwei Flugzeuge der Patrouille Swiss
bei einem Training bei Zug überschlagen.
Die genauen Umstände dieses Vorfalls sind weiterhin Gegenstand
von Ermittlungen der Militärjustiz.
Zum Radsport, nach dem gestrigen Ruhetag,
gewinnt heute der Spanier Bayo Bilbao an der Tour de France
die 10. Etappe.
Gesamtführender bleibt der Däne Jonas Vingegaard.
Und die Börsendaten von 18.09 geliefert von 6,
der Swiss Market Index schließt bei 10.963 Punkten plus 0,4%.
Der Dow Jones Index in New York steigt um 0,6%.
Der Euro wird zu 96°82 gehandelt.
Der Dollar zu 88°06.
Und es bleibt nach der Blick aufs Hochsommerwetter, Simon Riechle.
Am Abend und in der Nacht können Sturmböen
und teilweise kräftige Gewitter aufkommen.
Morgen gibt es ein Gemisch aus sonnigen Phasen,
aber auch weiteren Regengüssen und Gewittern.
Es bleibt schwülwarm bei rund 27°C.
Keine Kinopremieren mehr von Filmen oder Fernsehserien,
die abrupt enden.

Dieses Szenario droht derzeit in den USA.
Denn nach den US-Drehbuch-Hautorinnen sind seit Anfang,
die seit Anfang Meistreichen,
drohen nun auch rund 160.000 gewerkschaftlich organisierte
Schauspielerinnen und Schauspieler die Arbeit niederzulegen.
Den nächsten Stunden läuft der Gesamtarbeitsvertrag
der Schauspielerinnen und Gewerkschauspieler
mit den großen US-Filmen- und Fernsehproduktionsfirmen
und den Streaming-Plattformen aus.
Frage nun an USA-Korrespondentin Barbara Golpe in Washington.
Was sind denn eigentlich die konkreten Forderungen
der Schauspielerinnen und Gewerkschaft?
Sie fordert bessere Arbeitsbedingungen.
Dazu gehören auch höhere Löhne.
Und sie fordert auch Schutzmaßnahmen
im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz.
Zum Beispiel, dass das Schauspieler
nicht so viel, dass das recht am Bild geregelt wird.
Stichwort bessere Entlohnung.
Bei Hollywood denkt man ja zunächst an Stars wie
Meryl Streep oder Leonardo DiCaprio
mit ihren Millionengagen.
Wie aber ist die wirtschaftliche Situation des Heers
von namenlosen Schauspielerinnen und Schauspielern?
Da machen wirklich viele einen Knochenjob,
der schlecht entlohnt ist gerade,
weil alle von einer glamourösen Hollywood-Karriere träumen,
ist die Gefahr groß, sich auch ausbeuten zu lassen.
Und wichtig ist auch zu verstehen,
dass zu den von Ihnen währenden 160.000 gewerkschaftlich
organisierten Schauspielerinnen
ganz unterschiedliche Berufsgruppen gehören.
Also da fallen auch Tänzerinnen, DJs, Sprecher,
Stuntmen oder Women darunter.
Und da machen die wenigsten das große Geld,
sondern die meisten kommen eben knapp über die Runden.
Neben mehr Lohn werden auch fairere Arbeitsbedingungen
gefordert. Was ist damit ganz konkret gemeint?
Ja, wie so oft geht es um die sogenannten Benefits,
also Sozialleistungen wie Anzahl Ferientage,
Bezahl der Krankheitstage, Krankenversicherung.
Aber dann geht es zum Beispiel auch ganz konkret darum,
dass von den Produktionsfirmen immer mehr verlangt werden.
Also zum Beispiel für Probeaufnahmen, für ein Casting,

müssen im Voraus schon fix fertige Videos eingesendet werden.
Oder man muss sich streamen und das heißt,
es entstehen Kosten für die Produktion,
für das Material, das man haben muss, auslagen,
die früher die Firma beim Casting hatte,
wenn man zum Vorsprechen vorgeladen wurde.
Und die Schauspielerinnen fordern deshalb auch schon entlünd zu werden,
wenn man zum Casting vorgeladen wird.
Ja, aber als die künstliche Intelligenz erwähnt,
die Film- und Fernsehbranche hat sich in den letzten Jahren
technologischer stark verändert.
Zum Beispiel durch Streaming oder eben jüngst durch die Möglichkeiten
der künstlichen Intelligenz.
Wie haben sich diese Veränderungen auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt?
Schauspielerinnen und Schauspieler sagen,
dass mehr verlangt werden, gerade mit dem ganzen Streaming angeboten.
Und dass diese aber gleichzeitig finanziell weniger lukrativ sein.
Und dann ist eben die große Ungewisse,
wie sich die künstliche Intelligenz auswirken wird.
Wird es zum Beispiel möglich sein,
mit künstlicher Intelligenz weitere Folgen einer Serie zu schreiben
und produzieren, das weiß man zurzeit nicht genau.
Und genau deshalb fordern die Schauspielerinnen und Schauspieler
eben entsprechende Schutzmaßnahmen.
Kommt nicht noch in letzter Minute eine Einigung zustande,
dann wird ab morgen Mittwoch gestreikt.
Wann dürften die Auswirkungen spürbar sein?
Nicht gerade ab morgen Mittwoch unmittelbar,
da vorerst ja noch gezeigt werden kann, was schon im Casten ist,
aber traditionell beginnen viele Serien Ende der Sommerpause
und da müsste der Start verschoben werden.
Dann kommt ja dazu, dass die Drehbuchautorinnen und Autoren
eben schon länger streiken und zwei Streiks auf einmal.
Das wäre das erste Mal seit über 60 Jahren in Hollywood
und grundsätzlich gerechnen Experten
mit einem Milliardenverlust für die Filmindustrie.
Die USA sind ja nicht unbedingt bekannt
für große branchenweite Arbeitskämpfe und Streiks.
Ist die Unterhaltungsbranche diesbezüglich ein Sonderfall?
Nein, es tut sich was in den USA.
Zurzeit machen sich Gewerkschaften in ganz unterschiedlichen Branchen stark.
Ich denke auch an die Eisenbahn-Gewerkschaft,
die letzten Hebs mit einem Streik gedroht hat
und nun zum Teil bessere Arbeitsbedingungen ausgehandelt hat.

Die UPS-Lieferanten drohen ebenfalls mit einem Streik
Ende dieses Monats oder die Tausenden von Hotelangestellten Los Angeles,
die über das verlängerte Feiertagswochenende am 4. Juli
am Nationalfeiertag ihre Arbeit niedergelegt haben.
Und grundsätzlich ist auch ein größeres Verlangen da,
sich gewerkschaftlich zu organisieren.
Warum gerade jetzt kann man sich fragen,
das dürfte auch eine Folge der Pandemie sein,
dann mangelt es in vielen Branchen auch an Fachkräften,
was wiederum die Arbeitnehmenden in eine vorteilhaftere Situation bringt.
Sicher spielt auch die nach wie vor hohe Inflation eine Rolle,
diese bekommen gering verdienende am stärksten zu spüren.
Und der politische Rahmen hat auch einen Einfluss,
die beiden Regierungen setzt sich für Arbeitnehmende ein
und ermuntert sie gleichzeitig auch für bessere Bedingungen zu kämpfen.
Das waren Informationen und Einschätzungen live aus Washington
von USA-Korrespondentin Barbara Goldby.
Sie hören da sicherer Zeit auf Radio SRF mit diesen weiteren Fragen.
Wieder Rückgang der CO2-Emissionen von Motorfahrzeugen
in der Schweiz einzuschätzen ist.
Wo der ideale Standort für Windkraftanlagen liegt,
nahe bei Siedlungen oder hinter den Siebenbergen.
Warum die Angehörigen der Opfer des gesunkenen Flüchtlingsbootes
in Griechenland die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben haben.
Und warum einige im Kanton Watt auch nach 300 Jahren
noch historische Schuldgefühle plagen,
wenn sie an ihren Freiheitshelden Major Davel denken.
Antworten gibt's hier im Echor der Zeit.
Der CO2-Ausstoß von Motorfahrzeugen
nimmt in der Schweiz auch nach der Pandemie weiter ab.
Laut der neuesten CO2-Statistik des Bundesamtes für Umwelt
seien die CO2-Emissionen von Benzin und Diesel
gegenüber dem Vorjahr um 1,1% zurückgegangen.
Vergleicht man den CO2-Ausstoß mit 2019,
also dem Jahr vor der Covid-Pandemie,
betrage der Rückganga 8%.
Das klingt gut, aber wenn man noch weiter zurückschaut,
dann relativieren sich diese Zahlen.
Pascal Lago berichtet.
Seit 1990 sind die CO2-Emissionen aus Treibstoff von Fahrzeugen
lediglich um 5,5% gesunken.
Zum Vergleich, im selben Zeitraum sanken die Emissionen
im Gebäudebereich aus Brennstoffen wie Öl und Gas um 36%.
Dass die CO2-Emissionen bei Fahrzeugen weniger zurückgegangen sind

aus bei Gebäuden, überrascht Patrick Hofstetter, Klimaschutzexperte beim WWF, Schweiz nicht. Die neuen Fahrzeuge sind extrem schwer und groß, und entsprechend haben die hohen CO₂-Emissionen, und das widerspiegelt sich natürlich beim Verbrauch von Benzin und Diesel. Aber die Senkung des CO₂-Ausstoßes gelänge im Gebäudebereich besser. Im Gebäudebereich haben wir den Vorteil einerseits, dass es schon sehr lange Gesetze und Vorgaben im Gebäudebereich gibt. Man muss mittlerweile die neuen Gebäude gedämmt sein. Die Ersatztechnologie, die Wärmepumpen, die CO₂-frei operieren, sind kostengünstiger geworden als Öl- und Gasheizungen. Das bestätigt auch das Bundesamt für Umwelt, weil mehr mit erneuerbaren Energien geheizt wird und Gebäude energieeffizienter werden, seit der CO₂-Ausstoß in der Schweiz seit 1990 um über ein Drittel gesunken. Bei den CO₂-Emissionen von Fahrzeugen tut sich seit der Corona-Pandemie laut BAFU auch einiges. Die Emissionen gehen deutlich zurück, weil die Menschen mehr im Homeoffice arbeiten, weniger Geschäftsreisen unternehmen und mehr Elektrofahrzeuge nutzen. Ob sich das langfristig auf die CO₂-Statistik auswirken wird, muss sich noch zeigen. Das Ziel Netto Null muss die Schweiz bis im Jahr 2050 erreichen, gemäß dem im Juni angenommenen Klimaschutzgesetz. Wir bleiben beim Thema Energiewende. Bis 2050 sollen in der Schweiz 7% des Stroms aus Wind gewonnen werden, zumindest wenn es nach den Plänen des Bundes geht. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, denn Windräder haben in der Schweiz oft einen schweren Stand. Die Gemeindemutens im Baselland haben sich nun in einem zweiten Anlauf grundsätzlich für den Bau einer Windkraftanlage ausgesprochen. Für einmal scheint es nur wenig Opposition dagegen zu geben. Könnte dies die Diskussion um die Windkraft hierzulande neu beleben? Antworten im Beitrag von Niklaus Riegert und Klaus Bonanomi. Mutens vor den Toren der Stadt Basel ist bekannt für Industrie und den Reinhaufen.

Die Gemeinde wird zudem von einem großen Rangierbahnhof und der Autobahn A3 durchzogen.
Das ist nicht die Art von Landschaft, in der hierzulande bisher Windräder gebaut wurden.
Bestehende Anlagen stehen meist in den Bergen oder auf der grünen Wiese, weit ab von den urbanen Zentren.
Was spricht also dafür, in Mutens ein Windrad zu bauen?
Die Anwohnerinnen und Anwohner sehen den Bau eines 200 Meter hohen Windrads mit unterschiedlichen Gefühlen.
Wenn ich gehört habe, sind die Windräder recht gut. 100 Dezibel habe ich noch einmal aufgeschnappt.
Wir wohnen hier in der Hauptstrasse.
Die Lärmtechnik will ich nicht viel merken.
Ich denke, man sollte ausweichen auf Bergen. Nicht hier im Land unter.
An diesem Ort, wo es in Mutensbäumen zwischen Gürtelbahnhof und der Autobahn ist, sehe ich zum Beispiel das Argument, der gegen Landschaftsveränderung nicht so an diesem Ort.
Gut 55% der Stimmbefölkerung von Mutens haben sich grundsätzlich für ein Windrad ausgesprochen.
Olivier Waldvogel vom Nationalen Verband für Windenergie Swiss EOL freut sich über diesen Entscheid.
Es ist natürlich sehr erfreulich für die gesamte Windenergiebranche in der Schweiz, bei der es sehr hartst, sehr langsam vorwärts geht.
Das heißt, jeder entscheidet, jede Windturbine, die einen positiven Entscheid bekommt, ist natürlich sehr erfreulich für alle und wird sicherlich auch Schub geben für weitere Projekte.
Dass in Mutens ein Windrad in unmittelbarer Nähe zu Industrie- und Verkehrsachsen gebaut werden soll, sieht Olivier Waldvogel als Vorteil.
Grundsätzlich kann man sagen, dass es sich eine Signalwirkung haben wird für solche Projekte, die in urbanen Regionen oder in Industriegebieten auch gebaut werden können.
Die Vorteile sind, dass man dort Strom produzieren kann, wo er gebraucht wird.
Man muss auch die bestehende Infrastrukturen nutzen.
Es wird sicher einen Schub geben für solche Projekte.
Auch Raimund Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz befürwortet das Windrad in Mutens.
Dies, obwohl die Stiftung Windräder gegenüber eher kritisch

eingestellt ist.

Es gab ja im ganzen Baselland ja andere Projekte.

Passwangen, mehr in der offenen Landschaft, sagen wir es mal so.

Und da haben wir natürlich große Kritiken gegenüber

diesen Projekten, die dann weit wegstehen von den

Aus- und Verbrauchsgebieten.

Und dieses Projekt in Mutens haben wir eigentlich immer unterstützt,

weil es aus unserer Sicht am richtigen Ort steht.

Was ist denn in Mutens so stimmig,

dass die Stiftung Landschaftsschutz hier keine Bedenken hat?

Wir wollen Anlagen dort, wo bereits große Vorbelastungen sind,

wo wir natürlich große Infrastrukturen haben,

wo auch der Netzanschluss für ein solches Windkraftprojekt

vorhanden ist.

In Mutens sind wir dort am richtigen Ort

und die Stromproduktion findet dann eben nicht kilometerweit

in den Bergen statt, sondern vor Ort.

Dort, wo bereits viele Belastungen durch Industrie und Verkehr bestehen,

dort könnten ohne große Bedenken Windräder aufgestellt werden.

Soweit sind sich die Vertreter von SwissSeoul

und der Stiftung Landschaftsschutz einig.

Können Windräder in Industrie- und Ziedlungsgebieten,

also eine echte Alternative sein,

zu solchen in den Alpen und im Jurabogen?

Auf diese Frage sagt Olivier Waldvogel von SwissSeoul.

Das eine machen und das andere nicht lassen.

Es ist klar, dass wir alle Standorte brauchen.

Denn wenn nicht in Industriegebieten

und in wenig berührter Natur der Wind genutzt wird,

dann lässt sich das 7%-Ziel des Bundes kaum erreichen.

Doch damit ist Rheim und Rodewald nicht mehr einverstanden.

Ja, wo soll denn die Energie von morgen produziert werden?

Soll es eben dort produziert werden,

idealerweise, wo auch der Verbrauch stattfindet?

Oder wollen wir das eben hinter den sieben Bergen machen,

wo es vielleicht niemand stört, niemand sieht,

aber eigentlich die Natur belastet

und die Landschaft stark beeinträchtigt?

Diese Windräder hinter den sieben Bergen

sieht die Stiftung Landschaftsschutz also äußerst kritisch.

Es ist also absehbar,

dass die Stiftung schon bald wieder versuchen wird,

gewissen Windprojekten und damit auch SwissSeoul

den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Knapp einen Monat ist es her,
da sein überfülltes Flüchtlingsboot
zwischen Griechenland und Italien sank.
Das Unglück ereignete sich in einer Meereszone,
in der die griechischen Behörden
für Such- und Rettungsaktionen zuständig sind.
Bis zu 750 Menschen sollen an Bord gewesen sein,
hundert der gelten noch heute als vermisst.
Internationale Medienberichte machen die griechische Küstenwache
das Kennntnis des Bootes verantwortlich.
Diese meist jedoch jede Schuld zurück,
die griechische Justiz ermittelt.
Währenddessen geben die Verwandten
der vermissten Migrantinnen und Migranten nicht auf.
Sie suchen weiter nach ihren Familienangehörigen.
Außerdem Rodothea Serralidou.
Ich suche drei Personen, meinen Bruder, meinen Cousin
und noch einen Mann aus meinem Dorf.
Wir sind zusammen gereist.
Wir sind uns sicher, sie waren auf dem Schiff.
Sagt der 30-Jährige Ali ein schlanker Mann
in blauem Polo-Schirrt und Jeanshose.
Der gebürtige Pakistana lebt seit sechs Jahren in Athen.
Einen Monat nach dem Schiffsunglück
fragt sich Ali immer noch,
was mit seinem Bruder geschehen ist.
Es ist zum Verzweifeln.
Wo soll ich noch hin?
Ich war in Kalamata,
wo die überlebenden anfänglich hingbracht wurden.
Ich war im Flüchtlingscamp von Malakasa.
Dort habe ich einen Bekannten getroffen
aus meinem Herkunftsort in Pakistan.
Er bestätigte, dass mein Cousin
und mein Bruder mit auf dem Schiff waren,
an Deck, nicht in der Kabine.
Ich habe beim Migrationsministerium
auch eine DNA-Probe abgegeben
und warte auf das Ergebnis.
Ich traue mich nicht mehr,
meine Familie in Pakistan anzurufen.
Sie fragen, wo mein Bruder ist,
weinen am Telefon.
Ich bin der älteste der Geschwister,

aber ich habe keine Antworten.
So oder so ähnlich geht es
vielen Betroffenen, sagt Javed Aslam,
von der pakistanischen Gemeinde Griechenlands.
Seit einem Monat nun klingelt sein Handy fast ununterbrochen.
Am anderen Ende der Leitung
verzweifelte Verwandte möglicher Opfer.
Der 56-jährige Politologe
versucht, sie zu unterstützen
und informiert sie über jede Neuigkeit, die es gibt.
Das geht jeden Tag so.
Mütter, Geschwister rufen an aus England, Deutschland, Spanien.
Wir haben mittlerweile 185 Familien,
mit denen wir in Kontakt sind.
Wir haben eine Akte für jeden einzelnen Vermissten angelegt
und viele haben uns eine Vollmacht gegeben,
damit wir sie juristisch vertreten können.
Es gibt Rechtsanwälte, die haben sich bereit erklärt zu helfen,
damit die Unglücksursachen ans Licht kommen
und die Verwandten für den Verlust ihrer Angehörigen
entschädigt werden.
Etwa die Hälfte der bis zu 750 Insassen
des gesunkenen Fischerbootes Cayman aus Pakistan,
sagt Aslam.
Davon hätten lediglich 12 das Unglück überlebt
und seien nun im Flüchtlingslager von Malakasa untergebracht,
unweit der griechischen Hauptstadt.
In seinen Vermisstenakten stehen ausschließlich
Namen allein reisender Männer.
Die meisten sind jung um die 20 Jahre alt.
Sie verlassen Pakistan, weil die Korruption sehr groß ist.
Dort haben wenige Menschen das Sagen,
während alle anderen wie Sklaven leben
oder auch korrupt oder kriminell werden müssen, um zu überleben.
In Wahrheit werden weder Menschenrechte beachtet,
noch gibt es eine echte Demokratie.
Darum sind pakistanische Bürokraten, Millionäre.
Der Rest der Bevölkerung lebt in Armut.
Auch internationale Hilfen kämen kaum bei den Menschen in Not an.
Da sollte es wenig wundern,
dass viele seiner Landsleute weiterhin ihr Leben aufs Spiel setzen,
um nach Europa zu gelangen, so Javed Aslam.
Die Leichen, die durch die DNA-Proben der Verwandten identifiziert werden,
wolle die pakistanische Regierung mit einem Charterflug in die Heimat überführen,

sagt er.

Doch die Frage nach den Unglücksursachen bleibt.

Der Sprecher der Pakistanischen Gemeinde ist davon überzeugt.

Verantwortlich für die Flüchtlingstragödie
sei vor allem die griechische Küstenwache.

Die Überlebenden haben uns geschildert,
dass das Boot das Gleichgewicht verlor,
als es mit einem Seil gezogen wurde.

Sie hatten schon vorher Probleme mit den Schleppern,
und das Schiff war marode.

Sie sagen aber, es sei erst gesunken,
als die griechische Küstenwache einen Pushback startete,
um sie aus der griechischen Rettungszone rauszubringen,
damit diese Leute nicht nach Griechenland gebracht werden.

Diese Vorwürfe weist die griechische Küstenwache nach wie vor zurück,
und die griechische Regierung verweist auf die laufenden Ermittlungen
seitens der griechischen Justiz.

Dass die ganze Wahrheit jemals ans Licht kommt,
daran glaubt der 30-jährige Ali längst nicht mehr.

Er will aber gewissheit darüber,
was aus den drei Personen geworden ist, die er sucht.

Seinen Bruder, seinen Cousin und einen weiteren Dorfbewohner.

Solange ihre Leichen nicht identifiziert seien, sagt er,
gebe er die Hoffnung nicht auf,
dass sie vielleicht noch am Leben sind.

Der Kanton Watt begeht dieses Jahr ein Jubiläum.

300 Jahre ist es her,

dass dem Freiheitskämpfer Major Davell der Kopf abgeschlagen wurde.

Major Davell ist in der Watt das, was für die Deutschweiz Wilhelm Tell ist.

Bloß eigentlich eignet sich dieser Major Davell gar nicht so gut
als Heldenfigur.

In vielen Wattländerinnen und Wattländern ruft seine Geschichte
sogar Schuldgefühle hervor,

denn die Losanna höchst selbst haben den großen Befreier einst verraten,
verurteilt und dann geköpft.

Eine historische Schuld, die bis heute verhandelt wird,
wie der Beitrag von Valerie Wacker zeigt.

Das 300-Jahr-Jubiläum von Major Davell wird im Kanton Watt groß gefeiert.

Eine Wanderausstellung tut durch Schulen,
es werden Theaterstücke und eine Oper aufgeführt.

Es gab ein mehrtägiges Historiker-Treffen
und man kann auf Stadtpaziergängen auf Davells Spuren wandeln.

Und dann war da noch dies.

Eine fiktive Gerichtsverhandlung.

Die Frage lautet, sind die Wattländer schuldig?

Also historisch gesehen.

Schließlich haben sie 1723, als die Watt noch unter Berner Herrschaft war, den Freiheitskämpfer Davell an die Berner Herren verraten.

Auf der Anklagebank sitzen stellvertretend ein Wattländer und eine Wattländerin.

Das Publikum dieser Einzelaufführung in Lausanne ist heute gespannt.

Es wird zum Schluss das Urteil fällen dürfen.

Die Anklage führt an diesem Abend der Grüne Nationalrat und Wattländer-Ständerratskandidat Raphael Maier.

Die Verteidigung übernimmt der Präsident des Gerichts Lausanne, Alexandre Fesser,

und im Richterstuhl nimmt keine geringere als Kantonsrichterin Katja Elkeim Platz.

Es geht um folgenden Tatbestand.

Am 31. März 1723 marschiert Major Davell mit seinem Regiment 600 Soldaten in Lausanne ein.

An dem Tag weilen sämtliche Fökte in Bern, weil die Posten neu vergeben werden.

Major Davell hat ein Unabhängigkeitsmanifest dabei und verlangt, im Stadthaus angehört zu werden.

Die Lausanne-Politelite täuscht Interesse vor, lässt den Major reden.

Hinter seinem Rücken schicken sie aber einen Boden los, um die Berner Herren zu warnen.

Die Lausanne nehmen Davell fest, verurteilen ihn später und köpfen ihn auch.

Die Wattländer haben ihren Freiheitshelden, also höchst selbst, hingerichtet.

Natürlich könne man nicht ernsthaft die heutigen Bewohner des Wattlandes für diesen Verrat vor 300 Jahren verantwortlich machen, räumt Schak zwahlen ein,

der diese fiktive Gerichtsverhandlung organisiert hat.

Nein, man kann es nicht als kuppabel sein, das Kontext ist historisch.

Das sei natürlich ein ganz anderer Kontext gewesen, als die Menschen völlig überrascht, als Davell einmarschierte.

Dazu komme, dass Davell sein Handeln mit Visionen erklärt habe, die er in den Reben hatte.

Aber...

L'image qu'on peut, qu'on servait,
et celle d'un peuple peu courageuse,
ça, je crois qu'on est tous un peu d'accord.

Die Geschichte lehre die Wattländer schon auch, dass sie nicht ein sehr mutiges Volk seien.

Schak zwahlen führt derzeit die lokale Denkfabrik CEDR Reflexion.
Es sei gar kein Problem gewesen, Leute zu finden,
die bei dieser fiktiven Gerichtsverhandlung mitwirken.
Und auch das Publikum erscheint zahlreich zur Auseinandersetzung
mit der Schuldfrage rund um Major Davell.
Unschuldig lautet am Ende das Verdikt des Publikums.
Aber die Diskussionen rund um Davell, die gehen direkt weiter.
Frage an Zuschauer, die noch im Foyer stehen.
Spielt denn diese Figur 300 Jahre später
wirklich noch eine Rolle im Leben der Wätländerinnen und Wätländer?
Ich glaube, dass die Wätländer tief in sich
noch immer etwas Unterwürfiges haben.
Ich kann mich an einen Gemeinderat in meinem Dorf erinnern in den 70er-Jahren.
Immer wenn offizielle Posts kam, sagte er, das kommt aus Bern.
Fast schon angstvoll mit schwerem Herzen.
Das habe ich nie vergessen, diese Angst vor der Autorität,
der man sich keinesfalls widersetzen wollte.
Ja, ich glaube tatsächlich, dass Major Davell bis heute
Einfluss hat auf die Wätländer.
Aus einer solchen Geschichte geht niemand unbeschadet heraus.
Es ist sicher eine Figur, die bis heute interessiert.
Unterwürfig sein, Berngehorken, ja nicht den Kopf zu weit hinausstrecken,
weil er sonst sofort abgeschlagen werden könnte.
Es sind keine schmachelhaften Schlüsse,
die hier aus dieser Geschichte gezogen werden.
Und es ist ein Selbstbild, das in der Watt immer mal wieder anklingt.
Am deutlichsten wohl zuletzt beim verzögerten Bahnhofsausbau.
So sehr man es nämlich kommen sah, so richtig gewährt,
haben sich die Wätländer erst gegen Bern,
als die Jahrzehnte lange Verzögerung, schon ein Fakt war.
Die ausführliche Geschichte von Major Davell,
dem Verräter, der zum Volkshelden wurde,
erzählt Westschweiz-Korrespondentin Valeri Wacker
im aktuellen Geschichtspodcast Zeitblende.
Zu finden auf srf.ch, schreckstrich audio
oder auf den gängigen Podcast-Plattformen.
Das war der sechere Zeit vom Dienstag dem 11. Juli
mit Redaktionsschluss um 18.35 Uhr.
Verantwortung für die heutige Sendung ist Markus Hoffmann
für die Nachrichten Patrick Seiler.
Mein Name Matthias Kündig.
Untertitel im Auftrag des ZDF, 2017